

Kampf ums Überleben

Der Beginn des Ersten Weltkriegs Anfang August 1914 erschütterte das so nah an der Grenze zum „Erzfeind Frankreich“ gelegene Städtchen Eendingen wie noch niemals zuvor. Wie radikal sich der Lebensalltag der Menschen innerhalb weniger Tage änderte, dokumentiert das Tagebuch der Endiger Hausfrau Luise Bächle. Ihre Aufzeichnungen beginnen in den Tagen der Mobilmachung, am 31. Juli. Schon an diesem Tag ist der zu dieser Jahreszeit übliche Versand von Obst per Bahn nicht mehr möglich. Eendingen war zum Aufmarschraum der Militärstrategen geworden; die Eisenbahn diente nun ausschließlich ihren Erfordernissen. „Großer Tumult auf der Straße; ich springe hinaus und sehe gerade, wie ein städtischer Arbeiter große Plakate aufklebt. Seine Majestät, der deutsche Kaiser, haben das Land in Kriegszustand versetzt. Unmittelbar darauf verkünden Hornsignale und ein Ausrufer dasselbe. Ernst stehen die Männer, weinend die Frauen – wie ein Alpdruck liegt es auf jedem Gemüt. Wie wird das werden? – Man weiß und fühlt nur, große Dinge bereiten sich vor – aber wir vertrauen auf unseren Kaiser, er will ja nur den Frieden.“



Trotz tiefsitzender Ängste waren die Menschen von einer unheimlichen Kriegsbegeisterung erfüllt: „Jeder ist bereit, sein Leben für das Wohl des Vaterlands einzusetzen. Viele Männer von hier müssen gehen, man spricht von 500.“ Schon am 3. August wurde klar, dass sich der Kriegsausbruch in Verknappung

Bekanntgabe der Mobilmachung zum Ersten Weltkrieg im Fronhof im August 1914

und Preissteigerungen bei Lebensmitteln bemerkbar machte: „Heute war auf dem Wochenmarkte eine bedeutende Steigerung der Lebensmittel zu bemerken. Butter kostete 1,50 das Pfund, Eier 12 Pfennig das Stück. Wenn es so weitergeht – wie unsere große Familie durchbringen? Es wird nur noch das Notwendigste gearbeitet.“ Was von der Zivilbevölkerung erwartet wurde, zeigte sich tags darauf: „Heute morgen wurde in der ganzen Stadt bekannt gegeben, dass die Einwohner verpflichtet seien, an die Militärverwaltung 500 Zentner Kartoffeln, 300 Zentner Heu und 200 Zentner Stroh zu liefern. Die hiesigen Bäcker erhielten den Auftrag, jeden Tag 1.000 Laibe Brot mit je 2 Pfund fürs Militär nach Marckolsheim zu liefern ... vorläufig bis zum 12. August. Die Metzger müssen täglich 8 Zentner Fleisch liefern.“



Durchmarsch an die Front, August 1914

Innerhalb einer Woche hatte der Krieg das Zivilleben in Endingen völlig erstickt. Schulen waren zu Lazaretten, Scheunen zu Nachschublagerern geworden. Ein endloser Strom von Mannschaften und Gerät wälzte sich durch den Ort, kein Haus war vor Einquartierungen sicher: „Ich habe in meinem ganzen Leben noch nie so viel Militär gesehen. Im ganzen waren diese Nacht etwa 4.000 Mann hier. Wir bekamen 11 Männer zum essen und zum schlafen. Wir haben den sehr ermüdeten Leuten all unsere Betten abgetreten und sind die ganze Nacht aufgeblieben. Die Kornhalle wurde zum Pferdestall umgewandelt, und über den Marktplatz und bis zur Volksbank standen die verschiedenen Wagen.“

Teuerung und Geldentwertung

Ebenso deutlich wurden aber auch die Bemühungen der Regierung, der Preistreiberei zu begegnen: „Einige Marktweiber wollten gleich wieder die Preise in die Höhe schrauben und verlangten für Butter bis zu 1,70 und für Eier 12 Pfennig. Auf einmal wurde ihnen durch die Polizei eröffnet, dass für Butter höchstens 1,50 und für Eier nicht mehr wie 10 Pfennige verlangt werden darf. Enttäuschung auf der einen, Hallo auf der anderen Seite.“

Was Luise Bächle so plastisch schildert, sind die Auswirkungen des ersten totalen Krieges der Weltgeschichte, der mit einem bis dahin unvorstellbaren Einsatz an Menschen und Material geführt wurde. Und das kostete Geld, das sich der kaiserliche Staat mit Goldsammlungen („Gold gab ich für Eisen!“) von den Bürgern und mit Krieganleihen bei den Banken besorgte.

Schon in den ersten Kriegstagen war die Golddeckung der Reichsmark aufgehoben worden. Fortan war die Reichsbank nicht mehr verpflichtet, Noten jederzeit in Gold umzutauschen. In der Folge sank der Deckungssatz kontinuierlich und betrug im Durchschnitt des Jahres 1918 nur noch 17,5 Prozent. Auf diese Weise schuf sich der Staat ein Instrument unbegrenzter Finanzierung der Kriegskosten. Die Folgen für die Geldwertstabilität blieben nicht aus; schon während des Ersten Weltkriegs sank der Wert der Mark um die Hälfte.



Im Unterstand an der Front, Postkarte von 1916



Soldaten während des Ersten Weltkriegs, ca. 1915

Notgeld in Deutschland 1914–1922

Mit Beginn des Weltkrieges verschwanden nicht nur die Goldmarkmünzen aus dem Geldkreislauf, sondern bald auch die größeren Silbergeldstücke sowie das kriegswichtige Kupfer- und Nickelkleingeld. Als Ersatz wurden von der Reichsbank „Darlehenskassenscheine“ ausgegeben. Doch schon im Herbst 1914 druckten die ersten Kommunen eigenes Notgeld, da der Staat die Zah-

lungsmittelknappheit nicht befriedigend beseitigen konnte. Besonders dramatisch war der Kleingeldmangel zu Kriegsbeginn in Westpreußen, Niederschlesien, Posen, der Rheinprovinz und Westfalen und im Elsass.

Auch nach dem Krieg hielt die Zahlungsmittelknappheit an. Das Notgeld zwischen 1918 und 1921 wurde allerdings nicht mehr so primitiv aus-

geführt wie zuvor. Um 1920 gab es fast 3.000 öffentliche und private Ausgabestellen mit etlichen Tausenden Notgeldscheinarten – auch in Freiburg, Emmendingen und Breisach. Mit der 1922/23 einsetzenden Hyperinflation verschwanden die kleinen Notgeldnominalia mangels Kaufkraft.



Im Gegensatz zur Landwirtschaft oder zum verarbeitenden Gewerbe, in dem wegen der vielen Einberufungen der Mangel an Arbeitskräften bald spürbar wurde und zu Betriebsschließungen führte – wie etwa bei der Endinger Schuhfabrik Loesch –, war ein Kreditinstitut wie die Volksbank für die Finanzierung des Krieges unentbehrlich, sodass hier der Betrieb weiterlief. So gut es ging, versuchte man die Personalnot zu meistern. Ein Eintrag vom 22. Januar 1915 verzeichnet: „Nachdem der Schriftführer Otto Sartori seit dem Monat Dezember zum Kriegsdienste eingezogen ist, und nun auch sein Stellvertreter Victor Heckle zur Fahne einberufen ist, so soll deren Stelle durch die nachfolgenden Herren des Aufsichtsrates ausgefüllt werden: nämlich Ernst Bindner und Karl Schäffert.“

Notgeldscheine für Pfennignominalia verschiedener Gemeinden zwischen 1917 und 1922

Steigerung der deutschen Rüstungsproduktion 1914–1918

	1914	1918
Maschinengewehre	2.400	100.000
Minenwerfer	160	16.000
Leichte Feldgeschütze	7.226	11.250
Schwere Geschütze	1.671	4.262
Flugzeuge	250	5.187

Gerd Fesser: Die Kaiserzeit. Deutschland 1871–1918

Werbung für Kriegsanleihen. Lithografie von Alfred Roller 1917

Die Volksbank als Mit-Finanzier des Krieges

Wie sehr selbst die kleine Volksbank Endingen in die Finanzierung der Kriegsmaschinerie eingebunden war, zeigt ein Blick in die Protokollbücher für Vorstand und Aufsichtsrat. Sie berichten von fast wöchentlich eingehenden Aufrufen zu Spenden, ob per „Circularschreiben“ des Genossenschaftsverbandes, der einen „Beitrag zur Sammlung für das Rote Kreuz“ erbat, ob vom „Hilfscomitee zur Unterstützung der nothleidenden Ostpreussischen Kreditgenossenschaften“ oder den „nothleidenden Bewohnern von Elsaß-Lothringen“, ob vom „Verein Badischer Heimdank zur Unterstützung der Kriegsversehrten und Hinterbliebenen“ oder der „Kaiser-Wilhelm-Stiftung für Invaliden“. Neben diesen kleineren „Liebesgaben“ lagen die Organisation und Durchführung der vom Staat veranstalteten neun großen Kriegsanleihen für den Bereich des nördlichen Kaiserstuhls in der Verantwortung des Instituts. So wurden einerseits erhebliche Mittel aus der Genossenschaftskasse aufgebracht, andererseits die Mitglieder zu privaten Spenden angehalten. Dabei zählte die Volksbank Endingen, verglichen mit der Freiburger Gewerbebank, sechs Mal weniger Mitglieder. Dennoch kamen als Beitrag zur Kriegsfinanzierung vom nördlichen Kaiserstuhl insgesamt 2,65 Millionen Mark (gegenüber 19 Millionen der vergleichsweise wohlhabenden Freiburger Gewerbebank) zusammen.



Ergebnis der neun deutschen Kriegsanleihen in Mill. Mark

Kriegsanleihe	Monat	Jahr	5%ige Reichs- anleihe	5%ige Schatz- anleihe	4,5%ige Schatz- anweisungen	Nennbetrag	Erlös
I.	September	1914	3.491,9	1.000,0	-	4.491,9	4.351,0
II.	März	1915	8.330,3	776,1	-	9.106,4	8.920,9
III.	September	1915	12.161,6	-	-	12.161,6	11.980,8
IV.	März	1916	9.194,2	-	1.571,9	10.766,1	10.502,4
V.	September	1916	9.622,4	-	1.074,3	10.696,8	10.403,9
VI.	März	1917	11.747,2	-	1.850,0	13.597,2	12.790,3
VII.	September	1917	11.304,9	-	1.369,2	12.674,1	12.252,6
VIII.	März	1918	13.532,3	-	1.593,3	15.125,6	14.635,1
IX.	September	1918	9.194,0	-	1.376,0	10.569,9	10.118,8
besondere Begebungen			19,8	800	1.400,0	2.200,0	973,1
Summe*			88.578,8	2.576,1	10.234,8	101.389,6	

Lotz, Walther, Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Kriege, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927, S.120

„Theuerungszulage und Brennstoffhilfe“

Aus dem Protokollbuch für Vorstand und Aufsichtsrat der Volksbank Endingen

„Angeregt durch das Rundschreiben der Oberbadischen Kreditgenossenschaften vom 26. September 1917 unter Bestätigung der zum Ausgleich der derzeitigen Kriegstheuerung auf allen Gebieten zur Geltung gelangenden Fürsorge für die Beamten und Angestellten auch innerhalb der Genossenschaft wird den Vorstandsmit-

gliedern eine einmalige Auszahlung aus der Genossenschaftskasse bewilligt:

Direktor Pfefferle	500
Cassier Bindner	500
Controleur E. Roßwog	500
Vereinsdiener Zapf	50

Ferner wird dem Cassirer Robert Bindner aus Anlaß der während der letzten beiden Kriegsjahre immer höher ansteigenden Brennstoffpreise eine einmalige Theuerungszulage für die Heizung der Geschäftslokale im Winter 1916/17 und 1917/18 im Gesamtbetrag von Mk. 100 aus der Genossenschaftskasse bewilligt.“

Im Jahr 1917 erschien bei dem Endinger Verleger Emil Wild der erste Rechenschaftsbericht der Volksbank, der außer nackten Zahlen und Tabellen auch eine knappe Einschätzung der Lage gab. Auch wenn der Geschäftsbericht ein „befriedigendes Geschäftsjahr“ mit „großer Geldflüssigkeit“, einem „außerordentlichen Anwachsen der Spareinlagenbestände“ und einem gestiegenen Reingewinn verkündete, so konnten die vordergründigen Zahlen niemanden darüber hinwegtäuschen, dass die Geschäftsgrundlage der Bank durch die kriegsbedingte Inflation dahinschmolz. Deutlich wurde dies im Eingeständnis, dass der Kontokorrent-Verkehr „merklich zurückgegangen sei, ebenso der „Bestand an Vorschusskrediten“. Auch die Mitgliederzahl hatte sich um 32 Personen vermindert. In dieser Situation hielt man es nicht für angebracht, das 50. Geschäftsjahr gebührend zu feiern: „Wenn der Vorstand und Aufsichtsrat

der Genossenschaft glaubten, während dem Toben des derzeitigen Weltkrieges von einer Feier dieses Jubiläums absehen zu sollen, so teilen dieselben aber auch die Meinung, daß die Bedeutung dieses Lebensabschnittes unserer Genossenschaft nach dem Friedensschluss in gebührender Weise festlich gewürdigt werden soll.“ Dazu aber kam es nicht mehr.



Der Apotheker Wilhelm Pfefferle junior, Bankdirektor von 1909 bis 1920

Schwerer Wiederanfang nach dem Krieg

Der Erste Weltkrieg kostete 118 Endinger Bürger das Leben, die Genossenschaft selbst hatte den Verlust von 11 Kriegsteilnehmern zu beklagen. Von den nun aufflammenden Unruhen und den überall – auch im nahen Freiburg - sich konstituierenden Arbeiter- und Soldatenräten blieb Endingen unberührt. Die katholisch geprägte Stadt war eine Hochburg der „Zentrumspartei“. 1919 erreichte das Zentrum 68,8 Prozent der Stimmen. Zweitstärkste Kraft war die SPD mit 18,8 Prozent. Bis in die 1930er Jahre konnten diese Parteien zusammen stets über 60 Prozent der Stimmen für sich verbuchen.

Die wirtschaftliche Lage Endingens war desolat, die tragenden Säulen des örtlichen Wirtschaftslebens waren zusammengebrochen. Besonders hart traf es die noch stark in manufakturmäßigen Strukturen verhaftete Zigarrenfabrikation, die während des Krieges durch Heeresaufträge ihre Produktion ausgeweitet hatte. Noch 1919 waren 284 Personen – etwa 9,5 Prozent der Gesamtbevölkerung – in fünf Betrieben in der Tabakindustrie beschäftigt, vor allem Frauen. Nun entzog ihr ein rasch einsetzender radikaler Wandel der Rauchgewohnheiten den Markt. „Mann“ rauchte jetzt Zigaretten, nicht mehr Zigarren. Gegen die Zigarettenindustrie mit ihren industriellen Fertigungsmethoden hatten die kleinen Betriebe keine Chance. 1923 und 1925 gaben etliche von ihnen auf. Auch die Schuhfabrik Schaffert, die während des Krieges von Armeeaufträgen gelebt hatte, dümpelte in den 1920er Jahren nur noch dahin und wurde schließlich vom Konkurrenten Loesch übernommen.



Geldscheine aus der Zeit der Hyperinflation zwischen Mitte 1922 und November 1923

Der Versailler Vertrag und seine ökonomischen Folgen

Der Versailler Vertrag wurde als Diktat empfunden, da Deutschland kein gleichberechtigter Verhandlungspartner war. Aus der Sicht der Siegermacht Frankreich war die Unterzeichnung im Spiegelsaal von Versailles die Revanche für die Proklamation des deutschen Kaiserreichs im Januar 1871 nach der Niederlage Frankreichs im Deutsch-Französischen Krieg. Die deutsche Politik wollte ihn während der ganzen Zeit der Weimarer Republik revidieren, je nach politischem Standort auf unterschiedliche Weise. Neben territorialen Verlusten und dem Verlust der Kolonien musste Deutschland der Besetzung des Rheinlands auf Zeit, der Abtretung des Saarlandes bis zu einer endgültigen Abstimmung im Jahr 1935, der Reduzierung der Reichswehr auf 100.000 Mann, Beschränkungen in der Bewaffnung (Flugzeuge, Panzer, Schiffe, usw.) und vor allem Reparationen in zunächst nicht genannter Höhe zustimmen.

Die Deutschland auferlegten enormen Reparationsleistungen ließen die schon seit Kriegsausbruch immer stärker anziehende Inflation 1923 letztlich außer Kontrolle geraten. Als Deutschland Ende 1922 in Zahlungsrückstand geriet, besetzte die französische Armee im Januar 1923 kurzerhand das Ruhrgebiet, um ein Faustpfand und Druckmittel bei der Durchsetzung der Reparationszahlungen zu haben. Das führte auf deutscher Seite zu passivem Widerstand. Etwa zwei Millionen Arbeiter legten die Arbeit nieder. Um deren Lebensunterhalt zu sichern, pumpte die Regierung Cuno gewaltige Geldbeträge ins Ruhrgebiet – womit die Inflation außer Kontrolle geriet.

Erst durch den Plan des amerikanischen Finanzpolitikers Charles Gates Dawes konnte die Lage stabilisiert werden. Er regelte die Reparationsleistungen Deutschlands und koppelte sie an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Um dessen Wirtschaft anzukurbeln und zugleich seine Währung zu stabilisieren, wurde eine internationale Anleihe aufgelegt und die Golddeckung wieder eingeführt.

Endingen litt nach dem verlorenen Krieg an seiner Randlage; der westliche Kaiserstuhl galt als entmilitarisierte Zone. Zudem wurden Befürchtungen laut, von französischem Militär besetzt zu werden – wie dies in einigen badischen Gemeinden der Ortenau denn auch geschah. Erschwerend kam hinzu, dass Endingen im Gegensatz zu den meisten Gemeinden des Kreises Emmendingen noch nicht an das Stromnetz angeschlossen war. Vor dem Krieg hatte man seine Investitionsanstrengungen ganz auf die Errichtung eines Gaswerks konzentriert und die Elektrifizierung hinausgeschoben. Jetzt, nach dem Krieg, war man im Hinblick auf die Ansiedlung neuer Betriebe im Nachteil. Erst 1919 wurde der Vertrag mit dem Umspannwerk Oberhausen geschlossen und Von-Haus-zu-Haus-Leitungen gelegt. Wie begehrt die neue Energie war, zeigen wenige Zahlen: 1921 gab es in Endingen 135 Glühlampen und acht Elektromotoren mit einer Gesamtleistung von 17 PS, kaum ein Jahr später waren es bereits 294 Glühlampen und 20 Motoren mit 46 PS. Die Voraussetzungen für einen ökonomischen Wiederanfang waren gegeben.

Inflation und Hyperinflation: Als die Preise die Löhne fraßen

Auch bei der Endinger Volksbank markierte das Jahr 1920 das Ende einer Ära. Der Apotheker Wilhelm Pfefferle trat nach zwölfjähriger Tätigkeit von seinem Posten als Direktor zum 1. September 1920 zurück. Sein Amt übernahm der bisherige Kassierer Robert Bindner; Emil Roßwog, zuvor Kontrolleur, stieg seinerseits zum Kassierer auf. An jährlicher Vergütung wurden für Bindner 8.400, für Roßwog 7.800 Mark beschlossen.

Schon die Höhe dieser Gehälter war ein Spiegel der sich immer stärker beschleunigenden Inflation. Gut zweieinhalb Jahre später sollten, laut Beschluss vom 21. Juli 1923, als nachträgliche Gehaltszahlung allein für das Jahr 1922 jeweils 350.000 Mark an Direktor Bindner und Kassierer Roßwog ausgezahlt werden, für das erste Halbjahr 1923 weitere 1.000.000 Mark für jeden von ihnen. Und am 10. Dezember bewilligte der Aufsichtsrat allein für die Reinigung der Geschäftsräume zwei Millionen Mark. Mit dementsprechend von der Hyperinflation aufgeblähten Zahlen stellte sich die Jahresbilanz der Bank für 1923 dar. Sie schloss mit einem 16-stelligen Reingewinn von 4.965.155.163.881.793 Mark.

Lebensmittelpreise 1914–1924

Jahr	Brot 1 Pfd.	Mehl 1 Pfd.	Kartoffeln 1 Ztr.	Eier 1 Stück	Butter 1 Pfd.	Milch 1 L.	Fleisch 1 Pfd.	Zucker 1 Pfd.
Mitte 1914	–,13	–,18	4,00	–,08	1,20	–,22	–,90	–,25
Mitte 1916	–,19	–,28	7,00	–,24	2,00	–,24	1,85	–,32
Mitte 1918	–,22	–,30	10,00	–,25	2,40	–,36	2,00	–,34
Mitte 1919	–,26	–,36	12,00	–,35	4,00	–,50	2,20	–,52
Mitte 1920	1,20	1,35	24,00	–,75	15,00	1,50	8,50	2,20
Mitte 1921	1,35	4,00	48,00	1,60	18,00	2,75	13,00	4,00
Mitte 1922	3,50	10,00	160,00	5,00	70,00	8,50	50,00	10,00
Jan. 1923	700,00	600,00	3.000,00	270,00	5.400,00	330,00	2.000,00	300,00
Mai 1923	1.200,00	1.500,00	5.000,00	500,00	10.000,00	850,00	12.000,00	1.200,00
Aug. 1923	100.000,00	160.000,00	5 Mill.	50.000,00	1,4 Mill.	110.000,00	800.000,00	15.000,00
Sept. 1923	2 Mill.	10 Mill.	60 Mill.	18 Mill.	50 Mill.	8 Mill.	22 Mill.	1,2 Mill.
Okt. 1923	670 Mill.	2.400 Mill.	1.500 Mill.	1.900 Mill.	5.800 Mill.	200 Mill.	1.500 Mill.	400 Mill.
Nov. 1923	–,50	–,45	6,00	–,25	3,00	–,35	2,40	–,60
Dez. 1923	–,35	–,32	5,70	–,22	2,30	–,33	1,55	–,55

Der Verfall des Markkurses

1 Goldmark = Papiermark (nominal)

	Datum	Dollarkurs in Mark	Zeitraum
	Juli 1914	4,20	
10	Januar 1920	41,98	5 ½ Jahre
100	3. Juli 1922	420,00	2 ½ Jahre
1.000	21. Oktober 1922	4.430,00	110 Tage
10.000	31. Januar 1923	49.000,00	102 Tage
100.000	24. Juli 1923	414.000,00	174 Tage
1.000.000	8. August 1923	4.860.000,00	15 Tage
10.000.000	7. September 1923	53.000.000,00	30 Tage
100.000.000	3. Oktober 1923	440.000.000,00	26 Tage
1.000.000.000	11. Oktober 1923	5.060.000.000,00	8 Tage
10.000.000.000	22. Oktober 1923	40.000.000.000,00	11 Tage
100.000.000.000	3. November 1923	420.000.000.000,00	12 Tage
1.000.000.000.000	20. November 1923	4.200.000.000.000,00	17 Tage

Unter diesen Rahmenbedingungen führte der tägliche Austausch von Gütern und Geld zu immer größeren Reibereien zwischen den Marktteilnehmern. Als sich nach der Besetzung des Ruhrgebiets und dem anschließenden Ruhrkampf im Frühjahr und Sommer 1923 die Inflation zur Hyperinflation steigerte, erreichte der Kaufkraftschwund absurde Dimensionen. Mittags ausgezahlte Löhne waren schon am Abend nichts mehr wert. Längst waren größere Firmen wie etwa die „Deutsche Ramiegesellschaft“ in Emmendingen dazu übergegangen, eigenes Geld zu drucken mit wöchentlich höheren Nominalwerten,

da die staatlichen Druckereien den Bedarf nicht mehr befriedigen konnten. Wer immer konnte, versuchte seine Waren ins Ausland und gegen Devisen zu verkaufen. Verlierer in diesem Inflations-Teufelskreis waren die lohnabhängigen Arbeiter, die kleinen Angestellten und vor allem die Rentner.



Motorisierte Jagdgesellschaft auf dem Endinger Marktplatz. Postkarte von 1925

Währungsschnitt, Existenznot und genossenschaftliche Selbsthilfe

Mit der Einführung der Rentenmark im November 1923 wurden die Spareinlagen der Endinger Volksbank innerhalb eines Tages von mehreren hundert Billionen Papiermark auf gerade einmal 70 Mark und 46 Pfennige zurückgefahren. So notwendig der radikale Währungsschnitt zur Stabilisierung der Volkswirtschaft auch war, er stürzte das Institut in seine bislang schwerste Existenzkrise. Viele kleinere Kreditgenossenschaften vor allem im Raiffeisenverbund gaben in diesen Jahren auf. In Endingen aber gelang es, durch einen solidarischen Kraftakt der Betroffenen, den drohenden Konkurs abzuwenden. Die Mitglieder des Vorstands verzichteten auf Teile ihres Gehalts, zudem wurde dem dritten Vorstandsmitglied Karl Löffler zum 31. März 1925 – nach eindringlichem Appell des Verbandsdirektors Kinkel, ein Personalabbau sei aufgrund mangelnder Einnahmen unumgänglich – gekündigt. Erst als sich die Verhältnisse 1926 wieder stabilisierten, konnte Löffler weiterbeschäftigt werden.

Existenzielle Not traf nicht nur die Volksbank, sondern besonders die Landwirtschaft und die Weinbaugebiete, trotz vom Staat gewährter „Reichswinzerkredite“ (etwa 500 Endinger Winzer erhielten 1925 und 1926 insgesamt 169.920 Reichsmark an Darlehen zur Verjüngung des Rebbestandes) oder „Reichsgenossenschaftshilfen“ für die Raiffeisenkassen. Dabei war ein Teil des Problems hausgemacht. Das deutsch-spanische Handelsabkommen vom Mai 1925 sah die Einfuhr großer Mengen spanischen Rotweins zu besonders niedrigen Zollsätzen vor – eine Katastrophe für die deutschen Winzer. Auch wenn bald versucht wurde gegenzusteuern, sich ein „Reichspropagandaausschuss“ bildete, der mit gigantischen Werbekampagnen reichsweit zum Konsum von „deutschem Wein“ aufforderte, so waren es die Kaiserstühler Weinbauern selbst, die ihre Lage durch genossenschaftliche Zusammenschlüsse zu verbessern suchten und 1924 gleich acht neue Winzergenossenschaften gründeten. Nur auf diesem Wege waren strukturelle Verbesserungen in der Fläche zu erreichen wie etwa die Anpflanzung von reblausbeständigen Pfropfreben oder eine Verbesserung des Sortenspiegels.



Robert Bindner (1856–1938), Bankdirektor von 1920 bis 1932

Winzergenossenschaften in Baden

Der Pfarrer Heinrich Hansjakob war es gewesen, der 1881 die erste Winzergenossenschaft in Baden gegründet hatte. Als Seelsorger der Gemeinde Hagnau am Bodensee waren ihm die existenziellen Nöte der Weinbauern zutiefst vertraut. Chronischer Geldmangel bei schlechten, Überangebot, Verkaufszwang und Schleuderpreise bei guten Herbstern, gut organisierte Händler, welche die Preise diktierten und die Winzer gegeneinander auspielten – dagegen bot sich der Zusammenschluss zu einer Genossenschaft an.

Hansjakob selbst entwarf das Statut, nach welchem sich auf Anhieb 93 Winzer zusammenschlossen mit dem Ziel, den Weinbau qualitativ zu heben, vor allem durch Erzeugung naturreiner Weine. Außerdem wollte man das Produkt höher verwerten und keinesfalls unter dem festgesetzten Preis verkaufen. Als Bedingung



Pfarrer Heinrich Hansjakob, Gründer der Winzergenossenschaften, Postkarte aus den 1920er Jahren

wurde festgeschrieben: „Sämtlicher Wein gehört der Genossenschaft.“

Nebengeschäfte wurden strengstens untersagt: „Wer anderwärts verkauft, wird vom Verein bleibend ausgeschlossen: Der Verein kann nicht existieren, wenn er nicht jedes Jahr sämtlichen Wein zur Verfügung hat.“ Weitere Genossenschaften entstanden in Meersburg (1884), Reichenau (1886), Immenstadt (1887) und Beckstein (1894). Hier gab es schon feste Lohnvereinbarungen für die in der Kelterei Beschäftigten: der Meister erhielt 20 Pfennige pro Stunde, ein Kelterearbeiter 15 Pfennige. In den ersten Jahren erfolgte der Ausbau der Weine noch bei den Mitgliedern. 1895 erhielten sie für ein Pfund Trauben mit 82 Öchsle 20 Pfennige, bei jedem Öchsle darüber einen halben Pfennig mehr, darun-

ter einen halben Pfennig weniger. Die Zuführung eines neuen Kunden, der mindestens 100 Liter abnahm, wurde mit einer Mark vergütet.

Vom Bodensee aus verbreitete sich die Idee der genossenschaftlichen Organisation zunächst ins Markgräflerland und in die Ortenau. 1908 wurde die Winzergenossenschaft in Schliengen durch Leopold Müller gegründet. Wie Hansjakob war auch er ein Pfarrverweser, der zudem als Winzer tätig war und einen eigenen Keller besaß. Zur gleichen Zeit entstanden im Bühlerlertal (1907) und im Affental (1908) Winzergenossenschaften. Nach 1908 kam die Gründungswelle zu einem vorläufigen Stillstand.

Freilich bot auch der genossenschaftliche Zusammenschluss nur einen begrenzten Schutz gegen wirtschaftliche Katastrophen. Missernten trafen fast alle Mitglieder gleichermaßen hart, und mehr als einmal forderte der Solidargedanke der unbeschränkten Haftung den Einsatz auch des privaten Vermögens jener Mitglieder, die sich nichts hatten zuschulden kommen lassen. So sorgten Bilanzverluste der Winzergenossenschaft in Ihringen 1930 dafür, dass alle Mitglieder ihre Anteile verloren: 40 Prozent traten aus.

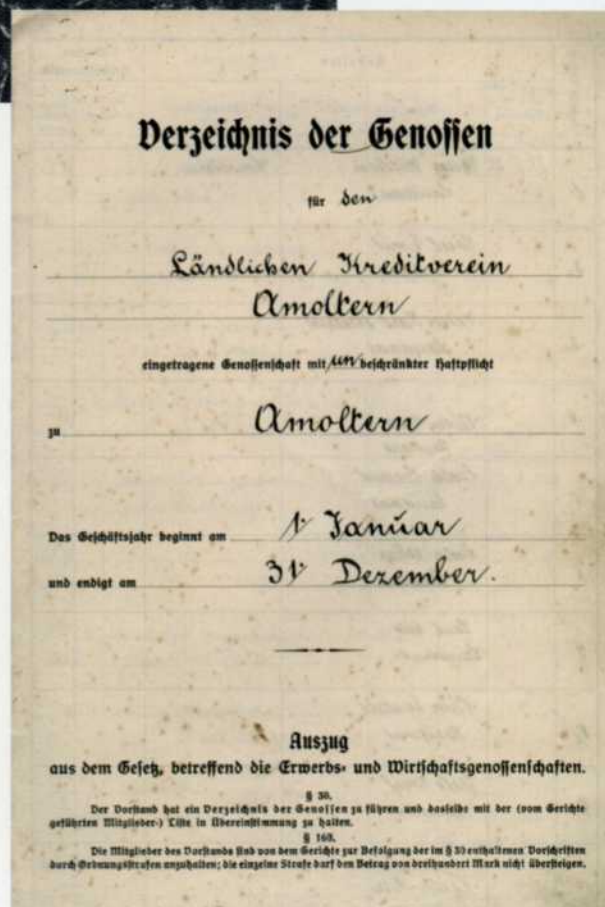
1924 erreichte die Gründungswelle den Kaiserstuhl und führte innerhalb nur eines Jahres zur Bildung von gleich acht Winzergenossenschaften – in Bickensohl, Bischoffingen, Burkheim, Eichstetten, Jechtingen, Ihringen, Oberbergen und Oberrotweil. Weitere Gründungen gab es in Merdingen (1927), Achkarren (1929), Kiechlinsbergen (1930) Königshausen und Schelingen (beide 1933). 1935 folgten Bahlingen, Bötzingen

und Sasbach, 1936 als letzte Endergen. In 13 Jahren waren am Kaiserstuhl 18 Winzergenossenschaften entstanden.



Deckblatt der Mitgliederliste der Spar- und Darlehnskasse Leiselheim von 1918

Mitgliederliste des ländlichen Creditvereins Amoltern von 1927



Vom Kampf um die Sparstrümpfe zur Weltwirtschaftskrise

Für die Kreditwirtschaft bedeutete der Währungsschnitt, dass die radikale Kapitalvernichtung ab 1924 zu einem erbitterten Kampf der Geldinstitute um das wenige bei den Verbrauchern noch vorhandene Geld führte. Dabei waren die Volksbanken gegenüber den Sparkassen gleich in mehrfacher Hinsicht im Nachteil. Schon 1925 gingen die Sparkassen bewusst den Weg in die Öffentlichkeit. Sie versuchten durch groß angelegte, zentral gesteuerte Werbekampagnen das durch die Inflation beschädigte Vertrauen in den Sinn und Zweck des Sparens wiederherzustellen: „Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert!“ Die Reibungen hätten, so geht aus einem Schreiben der Endinger Volksbank an den Verband hervor, unmittelbar nach der Inflation just mit dem Zeitpunkt eingesetzt, „als die Sparkassen mit ihrer gesetzlichen Begünstigung bei der Aufwertung Reklame machten und die Mündelsicherheit bei jeder Gelegenheit ausspielten, trotzdem sie gleichzeitig dazu übergangen, alle Geschäfte zu betreiben und in das Arbeitsgebiet der Volksbanken einzudringen. Sie hatten sich das Ziel gesetzt, totalitär den Kunden allein zu bedienen. Systematisch gingen sie dann daran, durch ihren Giroverkehr alle Überweisungen in ihrem Netz zu behalten, und der Überweisungsempfänger wurde solange bearbeitet, oftmals durch Druck der Bürgermeister, bis er auch bei der Sparkasse ein Konto eröffnete. Jetzt war durch die Fakultativklausel die Möglichkeit gegeben, die Überweisungen an die Volksbanken nicht weitergeben zu müssen. Alle öffentlichen Stellen machten dabei planmäßig Propaganda nur für die Sparkassen.“

Feuer- und diebessichere *Pelitz* Stahlgeheimschränke
Konstruktion gesetzlich geschützt



Nr. 36 e

Herkulesmodell
stärkste existierende Konstruktion, wird nur von uns gemacht,
für 2 Stein (50 cm) starke Mauern

Nr. 34 { außen breit 48 cm, hoch 42 cm, tief 30 1/2 cm } mit 1 Zwischenboden
 { innen breit 43 cm, hoch 37 cm, tief 29 cm }

Nr. 34 a mit 1 Tresor 15 cm hoch und 1 Zwischenboden . Gewicht verpackt ca. 55–65 kg

Nr. 35 { außen hoch 69 cm, breit 54 cm, tief 39 1/2 cm
 innen hoch 62 cm, breit 47 cm, tief 32 cm
mit 2 verstellbaren Zwischenböden

Nr. 35 a mit 1 Tresor 18 cm hoch und 1 verstellbaren Zwischenboden
Gewicht verpackt ca. 110–115 kg

Nr. 36 { außen hoch 94 cm, breit 64 cm, tief 42 1/2 cm
 innen hoch 87 cm, breit 57 cm, tief 35 cm
mit 2 verstellbaren Zwischenböden

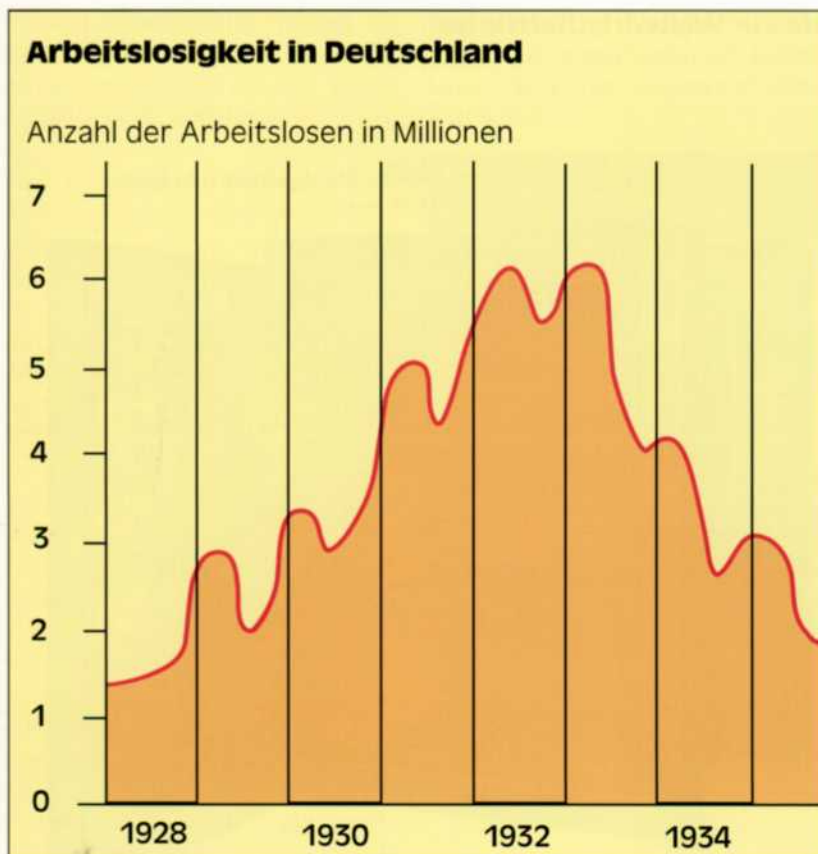
Nr. 36 a mit 1 Tresor 20 cm hoch und 1 verstellbaren Zwischenboden

Nr. 36 e mit 1 Tresor 20 cm hoch, 1 Schublade 10 cm hoch und 1 verstellbaren
Zwischenboden Gewicht verpackt ca. 140–155 kg

11

Werbeprospekt von 1924 für ein Panzerschrankmodell

Doch trotz dieses Bündels an Widerständen erholte sich die Volksbank in den folgenden Jahren; im selben Maße kletterten die Gehälter der Vorstandsmitglieder von äußerst bescheidenen 105 Reichsmark im Oktober 1924 über 160 Reichsmark Ende Februar 1926 auf 364,13 Reichsmark im September 1927. In



diesem Jahr wurden in Endingen immerhin 72 meist kleinere Betriebe gezählt.

Doch die Phase der relativen Stabilität der Weimarer Republik endete abrupt am Schwarzen Freitag am 24. Oktober 1929, als die New Yorker Börse zusammenbrach. Eine weltweite und über Jahre anhaltende Wirtschaftskrise war die Folge. Sie traf Deutschland besonders hart, weil die Phase ökonomischer Konsolidierung seit 1924 das Ergebnis amerikanischer Kredite gewesen war, die mit dem Ziel gegeben worden waren, die deutsche Wirtschaft in die Lage zu versetzen, ihren aus dem Versailler Vertrag resultierenden Reparationsverpflichtungen nachkommen zu können. Die nun lang anhaltende Rezession hatte Firmenzusammenbrüche und ein schnelles Anwachsen der Arbeitslosenzahlen zur Folge.

Frost und Hagel vernichten die Reben

Auch die Kaiserstühler Winzer wurden in diesen Jahren von einer ganzen Reihe von Schicksalsschlägen heimgesucht. Im Januar 1929 hatte „ungeheurer Frost“ die mit der Hilfe von Reichswinzerkrediten vorfinanzierten kurz zuvor neu eingesetzten Reben zu 70 bis 80 Prozent zerstört. Zwangsläufig waren die Folgeherbste der Jahre 1930 und 1931 „sehr gering“. All das wurde aber durch den Jahrhundert-Hagelschlag vom 13. Juli 1932 in den Schatten gestellt, der mit einer unvorstellbaren Heftigkeit über dem Nordkaiserstuhl wütete. Ganze Rebterrassen samt Reben und Rebpfählen flossen durch die Hohlwege in die unterhalb liegenden Ortschaften hinunter, Tausende von Vögeln und Hasen wurden erschlagen, Feldfrüchte und Obstbäume zerschmettert. Ein zeitgenössischer Bericht zeichnete ein verheerendes Bild: „Es lagen an geschützten Schwemmstellen die Hagelkörner tagelang noch meterhoch. Ein Pferd gespann wurde von abstürzenden Löbänden eingeschlossen und ehe die Tiere abgespannt werden konnten, waren sie in dem sich stauenden Wasser und Eisstrom ertrunken. Der Badische Staat hat sich dann auch dazu aufgeschwungen, den geschädigten Kaiserstuhlbauern zur Linderung der großen Not ganze 5.000 Reichsmark in Worten – fünftausend – zu spenden.“

